

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nachmittags um 4 Uhr. Preis monatlich 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld Einzelnummer 10 Pf. Alle Korrekturen, Vertreibungen, andere Änderungen u. Beschlüsse sind zu jeder Zeit bei der Redaktion einzureichen. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Drucklegung nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Drucklegung nicht verantwortlich.



Kostenlos sind alle Anzeigen in der Zeitung. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Drucklegung nicht verantwortlich.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt des Finanzamts Rostow sowie des Forstrentamts Tharandt.

amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt des Finanzamts Rostow sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 240 — 97. Jahrgang Drahtanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 13. Oktober 1938

Saboteure am Werk

Das Märchen von den 850 000 Tschechen im befreiten Sudetenland

Noch stehen wir unter dem Eindruck der friedlichen Besetzung des Sudetenlandes und erleben, daß den deutschen Truppen auf dem Fuße die Organisationen zur Einberufung der deutschen Volk im neuen Reichsgau gefolgt sind und der Aufbau unverzüglich aufgenommen wird, da überfällt uns bereits wieder die Lügen- und Fehlpresse des Auslandes. Sie behauptet, daß durch die deutsche Besetzung 850 000 Tschechen zu Deutschland gekommen seien, während im befreiten Gebiet höchstens 250 000 Tschechen wohnen könnten.

Der Zweck dieser Greuelbege ist deutlich erkennbar. Man will es vor der Welt so hinstellen, als habe Deutschland das Münchener Abkommen überschritten und sei bei der Besetzung des Sudetenlandes nicht nach den vollen politischen Gesichtspunkten vorgegangen. Die Lügenbege arbeiten gleichzeitig mit dem angeblichen Glend der aus den Besetzungsgebieten nach der Tschechei geflohenen Menschen und suchen so Mittel für die Tschechei zu wecken. Selbstverständlich haben diese Intriganten nicht das Glend der süddeutschen Sudetenbewohner erwähnt, die in den vergangenen Wochen auf Reichsgebiet übertraten. Von ihrer Not, von ihren Leiden und Qualen stand in den Heftblättern kein Wort! Niemals wurde dort die Zahl der 243 000 sudetendeutschen Flüchtlinge auch nur in einem Nebensatz erwähnt, geschweige gar den 200 Toten, die in den letzten Wochen für ihr Deutschsein im Sudetenland fielen, auch nur ein Wort gewidmet.

Die gewissenlosen Hege wollen nur die Welt von neuem gegen Deutschland auswiegeln und gleichzeitig das Münchener Abkommen torpedieren, indem sie Deutschland in abelster Weise verdächtigen. Es sind die gleichen Drahtzieher, die immer und immer da sind, wenn es gilt, gegen Deutschland zu gehen und Europa in Unruhe zu halten. Das sind die Schleppenträger des Volkswidernisses, die der Führer erst kürzlich in seiner Saarbrücker Rede an den Franger gestellt hat. Das sind in England die Dunkelmänner vom Typ eines Duff Cooper, Eden und Churchill, das sind in Paris die Volkstrennungsmänner, die eben erst der Führer der französischen Frontkämpfer, Vidiot, im Namen von sechs Millionen ehemaligen Soldaten gehörig in die Schranken gewiesen hat.

Es ist sehr leicht, die Lügenbege zu entlarven, denn sie haben sich nicht die Mühe gegeben, ihre Brunnenerfüllung sonderlich zu tarnen. Nach dem Münchener Abkommen beschränkte sich die Besetzung des sudetendeutschen Landes ausschließlich auf das geschlossene deutsche Siedlungsgebiet. Eine ganze Reihe von Städten mit vorwiegend tschechischer Bevölkerung in unmittelbarer Nähe der Besetzungslinie wurde nicht besetzt. Gewisse ausländische Zeitungen — voran ein dänisches Blatt — sind sehr bemüht, den günstigen Eindruck, den das Münchener Abkommen in der Welt hinterlassen hat, bei ihren Lesern zu verwischen.

Nach tschechischen Statistiken wurden in den Sudetenländern, in Böhmen und Mähren-Schlesien bei der Volkszählung im Jahre 1930 in Gemeinden mit absoluter deutscher Mehrheit 2 757 272 Deutsche und 361 000 Tschechen festgestellt. Die Zahl der Tschechen ist hierbei auf Kosten der Deutschen zweifellos viel zu hoch gegriffen. Die Feststellungsmethoden bei der Zählung im Jahre 1930 sind bereits vor ihrer Durchführung von allen damaligen sudetendeutschen Parteien einmütig abgelehnt worden. Schon die Zähler selbst wurden überwiegend von Tschechen gestellt. Die Beeinflussung vor allen Dingen wirtschaftlich Schwacher und Abhängiger wird die Schreibungswandlung in ländlichen Bezirken wurden von diesen weitestmöglich ausgenutzt, um deutsche Männer und Frauen zu einer falschen Eintragung ihres nationalen Bekenntnisses zu veranlassen. Auch wurde das Vorhandensein gewisser slawischer neben deutschen Dialekten als Beweis für eine Zugehörigkeit zur tschechischen Nation ohne weiteres angenommen, indem von der Prager Regierung einfach ein gemischter Dialekt bzw. eine nicht rein deutsche Sprache als tschechisch bezeichnet wurde. So wurde unter einer solchen Begründung im Jahre 1919 die Abtrennung des Hultschiner Ländchens vom Deutschen Reich distanziert und noch 1930 von den Volkszählern der Tschechen behauptet, daß in diesem ausgebrochenen deutschen Gebiet neben 49 316 Tschechen nur 4008 Deutsche vorhanden seien, während bei jeder Wahl die deutschen Parteien, so schon 1935, mit 70 bis 90 v. H. der abgegebenen Stimmen die große Mehrheit erzielten. Nebenbei Beispiele können von einer ganzen Reihe sudetendeutscher Gebiete gebracht werden, es genügt aber auch so bereits, die zu durchsichtigen Zwecken hergestellten tschechischen Statistiken zu kennzeichnen.

Selbstverständlich wird in der tschechischen Statistik auf keiner Weise berücksichtigt, daß tausende Tschechen auf Kosten der tschechischen Gesamtbevölkerungsziffer in das sudetendeutsche Gebiet hineingezogen wurden, um dieses ferndeutsche Land mit einer tschechischen Bevölkerung zu durchsetzen und die deutsche Bevölkerung zu verdrängen. Dennoch sind diese Bemühungen vergeblich gewesen, denn trotz solcher Maßnahmen stellte z. B. im

Japan duldet keine Einmischung

Eine offizielle Note an die diplomatischen Vertreter in Tokio

Ministerpräsident Fark Konoe ließ in seiner Eigenschaft als Außenminister den diplomatischen Vertretern in Tokio eine offizielle Note zugehen. In dieser Note werden die betreffenden Regierungen ermahnt, in Zukunft die Benutzung ausländischer Eigentums als Operationsbasis durch chinesische Truppen in Südchina unmöglich zu machen; widrigenfalls müßte die japanische Regierung jegliche Verantwortung für die eventuelle Schädigung ausländischer Eigentums ablehnen. Im eigenen Interesse schein es daher geboten, daß sich die fremden Mächte sämtlicher Handlungen enthalten, die bei den japanischen Truppen den Eindruck einer Einmischung zugunsten Tschiangkaifscheks erwecken könnten.

Ferner richtet die japanische Regierung an die in Frage kommenden Mächte den dringenden Wunsch, nach Möglichkeit von sämtlichen Bewegungen ihrer Truppen und Schiffseinheiten in den Gebieten Südchinas abzugehen. Nur auf diese Weise könnten unvorhergesehene Zwischenfälle zwischen diesen Mächten und der japanischen Wehrmacht vermieden werden.

Die Note des japanischen Außenministers erinnert schließlich an die am 20. Juni bekanntgegebene Gefahrengone im chinesischen Kriegsgebiet. Es wird nochmals ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Schiffe ausländischer Staaten deutliche Kennzeichen führen müssen. Sämtlichen Personen fremder Nationalität wird seitens der japanischen Behörden dringend nahegelegt, das bezeichnete Gebiet möglichst umgehend zu verlassen.

Japanischer Angriff auf Kanton

Landung von 60 000 Mann in der Bias-Bucht — Entscheidender Stoß gegen Tschiangkaifschek

Die japanischen Truppen haben zu einem entscheidenden Stoß gegen Tschiangkaifschek in Südchina entlang der Küste der Provinz Kwantung angefernt und damit den seit langem erwarteten Angriff auf Kanton eingeleitet.

Am Mittwoch früh um 4.30 Uhr wurden die ersten japanischen Abteilungen in der Bias-Bucht gelandet. Dort liegen etwa 60 japanische Transportschiffe mit Truppen, die auf etwa 60 000 Mann geschätzt werden. Das nächste Ziel ist anscheinend die Unterbrechung der Hongkong-Kanton-Bahn. Die Behörden in Hongkong rechnen mit einem starken Zustrom chinesischer Flüchtlinge. Sie verfahren daher den militärischen Schutz an der Nordgrenze des britischen Territoriums.

Unterbindung der militärischen Versorgung Tschiangkaifscheks

Militärische Kreise Japans unterstreichen, daß die Besetzung Kantons, der wichtigsten Handels- und Verkehrsstadt Südchinas, die letzte Widerstandskraft des Tschiangkaifschek-Regimes brechen solle. Nach Besetzung Kantons würde nämlich die militärische Versorgung Tschiangkaifscheks ausschließlich auf die beschwerliche und unsichere Zufuhr aus Indochina, Burma und Sowjetrußland angewiesen sein.

In politischen Kreisen Tokios verweist man darauf, daß die Erweiterung des Kampfgebietes in China selbstverständlich auch einen erheblich größeren Kraftersatz des

japanischen Volkes verlange. Außerdem bedeute die japanische Expedition nach Südchina eine inhaltsschwere Maßnahme gegen die Interessengebiete Englands und Frankreichs und besonders die in unmittelbarer Nachbarschaft liegende britische Kronkolonie Hongkong. Der starke chinesische Widerstand um Hankau habe jedoch diese Bedenken zugunsten einer radikalen Durchführung des Chinafeldzuges überwunden.

Achtung der Rechte Dritter

Der japanische Außenminister hat den Botschaftern von Großbritannien, Frankreich, den Vereinigten Staaten, von Deutschland und Italien sowie dem Gesandten von Portugal mündlich mitgeteilt, daß es in der Absicht der kaiserlich japanischen Truppen läge, entlang der Küste der Provinz Kwantung militärische Operationen zu beginnen, um damit das Tschiangkaifschek-Regime wirksamer zu treffen und das Ziel des gegenwärtigen Feldzuges zu erreichen. Diese Operationen seien rein militärisch und würden ausschließlich zu dem Zweck unternommen, die Hauptwege der chinesischen Waffen- und Munitionsversorgung zu unterbrechen und die Hauptorte feindlicher Ränke gegen Japan zu zerstören.

In der Mitteilung wird von neuem die Achtung Japans vor den Rechten und Interessen dritter Mächte in China hervorgehoben und die Versicherung gegeben, daß alle Anstrengungen gemacht würden, um diese Mächte vor allen Schäden bei der Durchführung der beabsichtigten Operationen zu bewahren. Die kaiserliche Regierung bittet die Mächte darum, den wirklichen Absichten Japans Verständnis entgegenzubringen und die Bemühungen der kaiserlichen Streitkräfte um die Schonung der Rechte und Interessen dritter Mächte durch ihre Mitarbeit zu unterstützen.

Auch Hankau bedroht

Einnahme von Sinyang gefährdet Handelsstraße nach Sowjetrußland

Gleichzeitig mit dem Vorstoß auf Kanton haben die Japaner zum entscheidenden Angriff auf Hankau angefernt. Die Stadt Sinyang an der außerordentlich wichtigen Hankau-Peking-Bahn ist bereits gefallen. Die Einnahme der Stadt, die 130 Kilometer nördlich von Hankau liegt, ist ein entscheidender japanischer Sieg, der von erheblicher Bedeutung für alle weiteren Operationen ist, die sich auf den Fall Hankaus konzentrieren.

Kunmehr ist die Bahnverbindung der Verteidiger Hankaus mit den chinesischen Truppen am Gelben Fluß zwischen Lungwan und Tschentschau unterbrochen. Ebenfalls wird die westlich der Bahnlinie verlaufende große Verkehrsstraße von Hankau über Sian nach Sowjetrußland bedroht. In militärischen Kreisen ist man der Ansicht, daß von Sinyang aus ein weiterer Vorstoß nach Westen unternommen werden wird, um die Handelsstraße nach der Sowjetunion zu unterbrechen. Gleichzeitig werden neue verstärkte Kampfhandlungen bei Sintien östlich von Sinyang erwartet. Die letzte Bahnverbindung und Rückzugsmöglichkeit Hankaus nach Süden ist durch die südlich von Hankau vorgehende japanische Armee in Frage gestellt.

Chvalkovskis Besuch in Berlin

Der tschecho-slowakische Außenminister Chvalkovski trifft heute in Berlin ein und wird sich in das Auswärtige Amt begeben, um dem Reichsminister des Auswärtigen, von Ribbentrop, einen Besuch zu machen.

Die Wertlosigkeit des Sowjetbündnisses

London, 13. Oktober. Lord Winterston hatte dieser Tage in einer Rede erklärt, die Sowjetunion wäre wegen der notorischen Schwäche ihrer Armee unfähig gewesen, der Tschecho-Slowakei militärische Hilfe zu bringen, und habe sich daher auf ganz vage Versprechungen beschränkt. Obwohl der Londoner Vertreter der Sowjets gegen diese Behauptung förmlichen Protest eingelegt hatte, blieb Lord Winterston auch in einer Rede am Mittwochabend in Portsmouth (Sussex) bei dieser Darstellung. Er begründete sie in der Hauptsache mit dem Hinweis darauf, daß in der Sowjetunion eine so große Zahl hoher Offiziere hingerichtet oder in die Kerker geworfen worden sei, daß zumindest für den Augenblick die Schlagkraft der Roten Armee verloren gegangen sei.

Der Führer beglückwünscht Hugo Brudmann

Der Führer hat dem am die deutsche Kulturgeschichte hochverdienten Verleger und alten Parteigenossen Hugo Brudmann (München) zum 75. Geburtstag telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.